

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gerichtsstand**  
für beide Teile ist Calw



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Sprechstunde Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 268

Montag, den 16. November 1931

Jahrgang 104

## Die Pariser Einigungsformel zur Tributregelung

### Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch den V. S. Z.-Ausschuss im Rahmen des Youngplans. — Zugleich Bankierkonferenz zur Regelung der kurzfristigen Anleihen. — Eine Regierungskonferenz trifft den Schlussscheid

II. Paris, 16. Nov. Votschafter v. Hoersch und Finanzminister Landin haben sich in ihren Verhandlungen um die Einberufung des Sachverständigenausschusses bei der V. S. Z. dahin geeinigt, die Berücksichtigung der kurzfristigen Kredite bei der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands der Regierungskonferenz vorzubehalten, die nach der Berichterstattung des V. S. Z.-Ausschusses zusammentreten wird. Die französische Regierung hält nach wie vor an dem Standpunkt fest, daß der V. S. Z.-Ausschuss die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ausschließlich vom Standpunkt der Reparationszahlungen aus zu prüfen habe und daß die Privatschulden bei der Aufstellung des neuen Zahlungsplanes, wenn überhaupt, dann nur nebensächliche Berücksichtigung finden dürften. Deutscherseits ist man von der Auffassung nicht abgewichen, daß eine gerechte und der Wirklichkeit entsprechende Beurteilung der Zahlungsfähigkeit nur unter Einbeziehung sämtlicher Verpflichtungen, ganz gleich, ob politischer oder privater Natur, möglich sei.

Eine Änderung der Lage ist jedoch insofern eingetreten, als die französische Regierung ihren Willen durchgesetzt hat, dem V. S. Z.-Ausschuss keine Befugnisse zu erteilen, die über den Rahmen des Youngplans hinausgehen. Die Reichsregierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Regelung der kurzfristigen Anleihen einer Bankierkonferenz übertragen wird, die aber rein privaten Charakter trägt. Voraussetzungen werden die Arbeiten dieser beiden Ausschüsse zu gleicher Zeit in Basel beginnen. Wie weit der von der Bankierkonferenz ausgearbeitete Bericht bei der Beurteilung der deutschen Zahlungsfähigkeit berücksichtigt wird, soll erst auf der Konferenz der am Youngplan beteiligten Mächte entschieden werden. Deutscherseits wird die Auffassung vertreten, daß diese Konferenz selbstverständlich die endgültige Umgestaltung des Youngplans behandeln müsse, die sich der wirklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands anpassen müsse. Die französische Regierung wünscht dagegen die Neuregelung nur für die Zeit der „augenblicklichen Krise“. Danach will sie zum Youngplan in seiner gegenwärtigen Form zurückkehren.

Der bevorstehende Pariser Besuch des Staatssekretärs v. Bülow wird die Verhandlungen v. Hoersch zum vollständigen Abschluß bringen. Man rechnet in Paris mit dem antilichen deutschen Antrag auf Einberufung des V. S. Z.-Ausschusses für Mitte dieser Woche.

#### Laval: Kein französisches Geld nach Deutschland

Ministerpräsident Laval machte am Samstag vor dem Finanzanschuß des Senats die Feststellung, daß er in Bezug auf die Regelung der Reparationen noch keinerlei Garantien übernehmen könne, bevor der Bericht der Sachverständigen nicht aufgestellt worden sei, deren Einberufung die Reichsregierung nun beantragen werde. Nach Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands würden die beiden Regierungen in aller Offenheit und Freiheit ihre beiden Auffassungen miteinander vergleichen. Frankreich, so fügte Laval seinen Erklärungen hinzu, denke jedenfalls nicht daran, in irgendeiner Form französisches Geld nach Deutschland zu bringen. Außerdem würde die Summe, die Deutschland benötige, derart hoch sein, daß man anscheinend deutscherseits bereits jede Hoffnung auf eine Anleihe habe fallen lassen. Die erste Tagung des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses.

Von französischer amtlicher Seite wird folgende Mitteilung herausgegeben: „Der deutsch-französische Wirtschaftsausschuß hat die Arbeiten seiner ersten Tagung abgeschlossen. In seiner Schlussfugung nahm der Ausschuss von den Ergebnissen der Prüfung Kenntnis, der die einzelnen Fragen durch die Sachverständigen unterzogen wurden. Die Präsidenten der einzelnen Unterausschüsse haben darüber berichtet, wie die Sachverständigen ihre Aufgabe auffassen und mit welchen Mitteln sie sie zu lösen gedenken. Der Wirtschaftsausschuß stellte fest, daß sich hinsichtlich aller Fragen, die sich auf die

Entwicklung der deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit bezögen, bereits jetzt günstige Ausblicke eröffnen hätten. Es wurde einstimmig anerkannt, daß diese Bestrebungen im Geiste der internationalen Zusammenarbeit fortgesetzt werden sollen, und zwar mit dem Wunsche, jeweils im Falle der Notwendigkeit zu Gesamtlösungen zu gelangen, die der Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft, sowie der Weltwirtschaft dienlich sein können. Es wurde ferner beschlossen, daß die vier Unterausschüsse zu bestimmten Zeitpunkten ihre Arbeit fortsetzen sollen. Der erste Unterausschuß wird demnach am 15. Dezember gemeinsam mit dem dritten Unterausschuß in Berlin zusammentreten. Der zweite Unterausschuß soll am 27. und 28. November in Paris tagen, während der nächste Zusammentritt des vierten Unterausschusses auf den 18. und 19. Dezember in Paris angelegt wurde. Abschließend traf man die Vereinbarung, daß die Unterausschüsse inzwischen in ständiger Föhlung bleiben sollen, um die Aufgaben der Ausschüsse vorzubereiten und ihre Durchführung zu leiten.“

Von zuständiger Stelle wird erklärt, daß der ersten Pariser Zusammenkunft des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses nur die Aufgabe zugefallen sei, den Arbeitsplan festzusetzen. Es habe sich also lediglich um eine Vorbereitung der sachlichen Arbeiten gehandelt. Von praktischen Ergebnissen könne aus diesem Grunde nicht gesprochen werden. Dem ersten Unterausschuß werde besonders die Aufgabe zugefallen, auf dem Wege privatswirtschaftlicher Verständigung die Schwierigkeiten auszuräumen, die sich hinsichtlich der Durchführung des deutsch-französischen Handelsvertrages vom Jahre 1927 ergeben hätten. Der zweite Unterausschuß für das Verkehrswesen werde möglichst bald in Sonderverhandlungen zwischen den beiderseitigen Interessenten auf dem Gebiete der Eisenbahnen, der Schiffahrt und des Luftverkehrs eintreten. Man wolle den auf der Wirtschaft lastenden Wettbewerb ansichalten. Im dritten und vierten Unterausschuß seien die Fragen bisher am wenigsten spezialisiert.

#### Senator Borah gegen Murecht und Deutegier

In einer Unterredung mit dem New Yorker Vertreter des belgischen Blattes „Reptune“ äußerte sich Senator Borah nach einer Meldung der „D. Z.“ aus Antwerpen über die Tribut- und Schuldenfrage. Er sagte u. a.: „Ich bin entschiedener Anhänger der vollständigen Streichung der Schulden und Reparationen, denn ich glaube, daß diese Streichung ein mächtiges Mittel zur Wiederaufrichtung des Weltvertrauens wäre. Die Schulden und Reparationen bilden unbestreitbar ein Hindernis für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg.“

Borah sagte weiter, daß seiner Auffassung nach allein Belgien neben Frankreich einen Anspruch auf gerechte Wiedergutmachung habe, denn diese Länder hätten unmittelbaren Schaden erlitten. Deutschland selbst habe dies niemals bestritten und sei auch zu einer Verständigung bereit gewesen. Beim Waffenstillstand aber sei unglücklicherweise die Deutegier erwacht und jeder habe die Rechnung seiner unmittelbaren Schäden vorgewiesen. Heute noch all den Milliarden, die Deutschland schon habe bezahlen müssen, dürste es diesem nicht mehr möglich sein, die Entschädigungen zu leisten, die Belgien und Frankreich beanspruchen könnten.

Die Stunde sei schwer und jeder werde daher Opfer auf sich nehmen müssen. Zunächst sei erforderlich die Streichung der Schulden und Reparationen und dann, sagte Borah weiter, würde er den Danziger Korridor und die Grenzen Oberschlesiens forrigitieren und den Ungarn die beträchtlichen Minderheiten zurückgeben, die man ihnen weggenommen habe. Schwierigkeiten würden sich wohl dabei ergeben, sie müßten aber überwunden werden, denn andernfalls komme die Revision auf kriegerischem Wege.

## Tages-Spiegel

In den Pariser Verhandlungen hat man sich dahin geeinigt, daß der V. S. Z.-Ausschuß die deutsche Zahlungsfähigkeit im Rahmen des Youngplans prüft, während die Regelung der kurzfristigen Anleihen einer Bankierkonferenz übertragen wird. Zuletzt soll dann eine Regierungskonferenz die Entscheidung treffen.

Staatssekretär von Bülow ist gestern nach Paris zur Ratstagung abgereist. Mitte dieser Woche wird Deutschland voraussichtlich die Einberufung des V. S. Z.-Ausschusses beantragen.

Ministerpräsident Laval erklärte vor dem Finanzanschuß des französischen Senats, daß Frankreich nicht daran denke, in irgendeiner Form französisches Geld nach Deutschland zu bringen.

Die Landtagswahlen in Hessen haben den extremen Flügelparteien, besonders den Nationalsozialisten, große Erfolge gebracht.

Die Indientkonferenz gilt als gescheitert, da die Meinungsverschiedenheiten zwischen Hindus und Mohammedanern in nahezu dreimonatiger Verhandlung nicht ausgeglichen werden konnten.

Generalmajor Muff wurde zum Landeskommandanten von Württemberg ernannt.

## Die Landtagswahlen in Hessen

### Starke Gewinne der radikalen Flügelparteien

II. Frankfurt a. M., 16. Nov. Das amtliche Wahlbüro teilt folgendes berichtetes Gesamtergebnis der Landtagswahl in Hessen mit. (Die Zahl in Klammern hinter den Mandaten bezeichnet die Zahl der letzten Mandate der Partei nach der Landtagswahl von 1927.)

	Stimmen	Mandate	
SPD.	168 299	15	(24)
Zentrum	112 440	10	(13)
Kommunisten	106 775	10	(6)
Komm. Opposition	14 954	1	(—)
DBP.	18 325	1	(7)
Staatspartei	10 798	—	(—)
Radikale	4 617	—	(—)
Chr. Soz. Bd.	16 712	1	(—)
Vollst. P.	1 529	—	(3)
Hess. Landv.	20 778	2	(9)
DNVP.	10 857	1	(3)
Soz. Arb. P.	8 177	1	(—)
NSDAP.	201 189	27	(—)

Der Wahltag ist in den drei hessischen Provinzen im allgemeinen ruhig verlaufen. Durch das in den letzten Tagen ergangene Demonstrationsverbot war die Propaganda auf den Straßen nur schwach. In einzelnen Landkreisen waren schon bis zur Mittagsstunde mehr als die Hälfte der Wähler an der Urne. In Darmstadt hatten bis 17 Uhr über 80 v. H. gewählt. Auch in Oberhessen und Rheinhessen war es im allgemeinen ziemlich ruhig. Die Nationalsozialisten warben mit Flugzeugen, die das Hakenkreuz an den Tragflächen führten. Im allgemeinen betrug die Wahlbeteiligung 80 v. H.

### Der Volksentscheid in Braunschweig mißlungen

Der kommunistische Volksentscheid auf Auflösung des braunschweigischen Landtags hat bei 352 724 Stimmberechtigten nur 41 289 Ja-Stimmen erzielt, während die zur Annahme erforderliche Stimmzahl 176 362 beträgt. Beim Volksbegehren am 28. Juni waren 36 079 Stimmen abgegeben worden.

## Breitscheid droht

### mit Kündigung der Duldungspolitik der SPD.

II. Berlin, 16. Nov. In einer Wahlverurteilung der SPD in Darmstadt erklärte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Breitscheid nach einer Meldung Berliner Blätter u. a.: Wir müssen in dieser Stunde eine ernste Mahnung an die Reichsregierung und an die Länderregierungen richten. Wir fragen, ob sie bereit sind, dem Terror der NSDAP. ein Ende zu machen, da sonst die Duldungspolitik der Sozialdemokraten gegenüber der Regierung unmöglich wäre. Wir erwarten von der Regierung eine alsbaldige Antwort, ob sie bereit ist, den Kampf gegen den Faschismus mit allen Mitteln aufzunehmen, oder ob sie sich dem Nationalsozialismus unterwerfen will. In diesem Fall ist die gesamte Arbeiterschaft bereit, den ihr aufgezwungenen Kampf mit allen Mitteln durchzuführen. Durch den Beschluß der kommunistischen Partei, dem Terror einzelner Gruppen ein Ende zu machen, ist ein schweres Hindernis zwischen der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei Deutschlands gefallen. Die Sozialdemokraten in Preußen werden sich gegen ein eventuell beabsichtigtes Verbot der SPD. wenden.

## Brandkatastrophe in Hessen

II. Mainz, 16. Nov. Aus bisher unbekannter Ursache brach am Sonntagabend in dem Marktflecken Trebur bei Groß-Gerau (Provinz Starkenburg), der etwa 2000 Einwohner zählt, in einer Scheuer Feuer aus, das bald auf die Nebengebäude übergriff und den halben Ort in Flammen setzte. Mit rasender Geschwindigkeit griff das Feuer um sich, so daß bald mehrere Wohnhäuser und 10 Scheunen in Flammen standen. Menschenleben sind bis jetzt nicht zu beklagen, dagegen ist viel Vieh, Frucht und Getreide verbrannt. Da die benachbarten Feuerwehren zur Löschung des Brandes nicht ausreichten, mußte die Berufsfeuerwehr aus Mainz an die Unglücksstelle eilen.

## Hauseinsturz in Neapel

II. Rom, 16. Nov. In Neapel stürzten zwei Stockwerke eines großen Hauses ein, in dem sich u. a. ein Privatschulgarten befand, in dem sich etwa 40 Kinder aufhielten. Vier Kinder fanden den Tod. Fünf Personen wurden schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt. Während der Bergungsarbeiten erfolgte ein zweiter Einsturz, durch den einige Feuerwehrleute verletzt wurden. An der Unglücksstätte trafen alsbald der Regierungsbürgermeister und der italienische Kronprinz ein, der an der Leitung des Rettungswerks teilnahm. Man vermutet, daß der Einsturz durch die heftigen Regengüsse der letzten Tage herbeigeführt worden ist.



## Deutschlands Recht auf gleiche Sicherheit

— Berlin, 15. Nov. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ erklärte Reichswehrminister Gröner u. a.: Deutschland hat das Recht auf die gleiche Sicherheit und die gleichen Methoden der Abrüstung. 1919 ist ihm ausdrücklich zugesichert worden, daß die anderen Staaten auf dem Wege folgen würden, auf dem Deutschland durch seine sofortige Abrüstung voranging. Deutschlands Ziel auf der Abrüstungskonferenz muß es deshalb sein, seine nationale Sicherheit dadurch wieder zu erlangen, daß die anderen Staaten nach denselben Methoden abrüsten, die sie selberzeit Deutschland auferlegt hatten. Der Reichswehrminister begründete im einzelnen die Unzulänglichkeit und Ungerechtigkeit des Konventionsskizzenentwurfes der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz und beantwortete schließlich die Frage, ob Deutschland eine größere Armee fordern werde, wenn sich die schwergerüsteten Länder weigern sollten, die Stärke ihrer Armeen erheblich herunterzusetzen, folgendermaßen: Diese Frage würde voraussetzen, daß die Abrüstungskonferenz scheitert. Was Deutschland in einem solchen Falle tun würde, kann ich nicht sagen. Meine Meinung ist es, daß alle Völker der Welt die größten Anstrengungen machen sollten, daß die Abrüstungskonferenz nicht scheitert, sondern daß sie zu einem positiven Erfolg führt.

## Zentrumskundgebung für Revision der Ostgrenze

— Deuthen, 15. Nov. In einer Mitgliederversammlung der Deuthener Zentrumspartei sprach der Vorsitzende des obereschlesischen Zentrums, Reichstagsabgeordneter Prälat Ullrich. Er wandte sich nach dem Bericht der „Oberschlesischen Volksstimme“ dagegen, daß bei den allgemeinen Sparmaßnahmen die besonderen Bedürfnisse dieser Grenzgebiete ihre hohen Aufgaben und ihre Bedeutung übersehen würden. Wenn die Industrie absterbe, entvölkere sich das Land und dann sinke der Kulturstand. Mähelos würden die Grenzgebirge ihre Hand nach Oberschlesien ausstrecken. Zum Schluß erklärte Prälat Ullrich:

„Das Ziel der Wiedervereinigung mit den von uns getrennten Brüdern ist unverrückbar. Wir möchten daher warnen, bei der Behandlung der Revisionsfragen im Osten von einer Korridorfrage zu sprechen. Für uns gibt es nur eine Frage: die Frage der Revision der gesamten Ostgrenze, und dazu gehört Oberschlesien in erster Linie. Hier ist der offenkundigste Rechtsbruch verübt worden. Das soll nicht eine Kriegserklärung für die Zukunft an unsere Nachbarn sein. Es gibt noch andere Faktoren, die das Schicksal von Völkern und Staaten entscheiden als die Waffen. Mit uns kämpfen starke Bundesgenossen: Bernunft und Recht.“

## Wachsende Erwerbslosenlasten der Städte

— U. Berlin, 15. Nov. Nach der Mitteilung des Deutschen Städtetages ist die Zahl der Wohlfahrtsverwahrlosten im Oktober wiederum stark gestiegen. In den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern wurden am 30. 10. 1931 rund 949 000 von den Arbeitsämtern anerkannte Wohlfahrtsverwahrloste gezählt. Das bedeutet gegenüber dem Stande am Ende des Vormonats mit 883 000 eine Zunahme von 66 000 oder 7,5 vom Hundert. Den 949 000 anerkannten Wohlfahrtsverwahrlosten sind weitere 17 000 laufend unterstützte hinzuzurechnen, deren Anerkennungsverfahren noch schwebt. Die Zahl der von den Gemeinden zusätzlich unterstützten Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ist gleichfalls gestiegen. Sie betrug Ende Oktober rund 134 000 gegen 122 000 am Ende des Vormonats.

## Starker Goldabzug aus Japan

Verläßt Japan den Goldstandard?

— U. Moskau (über Kowno), 15. Nov. Nach Moskauer Meldungen aus Tokio wird dort mitgeteilt, daß der an-

haltende Goldabzug aus Japan durch Amerika in japanischen Finanzkreisen Beunruhigung hervorgerufen habe. Es wird befürchtet, daß unter dem Druck der amerikanischen Goldabführungen Japan gezwungen sein könnte, vom Goldstandard abzugehen. Eine der größten Banken in Yokohama hat bereits am 10. November den Verkauf von Devisen eingestellt unter der Begründung, daß die Vorräte erschöpft seien.

## Neue Note Japans und Chinas an den Völkerbund

— U. Genf, 15. Nov. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht jetzt die japanische Antwort auf das Telegramm Briands vom 11. November. Briand hatte bekanntlich Japan und China erneut an ihr Versprechen erinnert, nichts zu unternehmen, was den Streit verschärfen könne. Japan weist jetzt darauf hin, daß seine Truppen an der Konni-Bridge keine militärischen Handlungen unternahmen, wenn sie nicht angegriffen würden. Im übrigen seien die chinesischen Truppen 10mal so stark wie die japanischen. Auch eine neue chinesische Note wird veröffentlicht. Es heißt darin, Japan tue alles, um Tschifang zu befreien und die Verwaltung der nördlichen Provinz in der Mandschurei zu übernehmen. Japan sei seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen.

## Kleine politische Nachrichten

**Das Volksbegehren für Sachsen zugelassen.** Die kommunistische Partei Sachsens hat die erforderliche Anzahl Unterschriften von Stimmberechtigten für ihren Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Auflösung des Landtags beigebracht. Das Gesamtministerium hat deshalb die Zulassung des Volksbegehrens beschlossen und die Eintragungsfrist auf die Zeit vom 2. bis 15. Dezember 1931 festgesetzt.

**Politische Schlägerei in Grünau.** Nach einer in Grünau bei Chemnitz abgehaltenen nationalsozialistischen Versammlung kam es zu einem Zusammenstoß mit Kommunisten. Es entwickelte sich eine große Schlägerei, wobei auch etwa 80 Schüsse abgegeben wurden. Dabei erhielten zwei Nationalsozialisten und drei Kommunisten schwere Verletzungen, während einige andere leichtere Verletzungen davontrugen.

**Neue judenfeindliche Ausschreitungen in Krakau.** In Krakau wiederholten sich die judenfeindlichen Ausschreitungen der polnischen Studentenschaft. Nationaldemokratische Hochschüler versuchten aus einigen Hörsälen die jüdischen Studenten gewaltsam zu verdrängen. Es entstand eine heftige Prügelei, der die Polizei ein Ende bereite.

**Pupi — Kaiser der Mandschurei?** Nach einer Meldung des Daily Express ist der frühere chinesische Kaiser Pupi in Dairen eingetroffen, um von dort nach Mukden weiterzufahren. In Mukden sollen bereits Vorbereitungen getroffen worden sein, Pupi zum Kaiser der Mandschurei auszurufen.

**Aufstand in Ecuador.** Wie aus Guayaquil gemeldet wird, ist in Ecuador ein Aufstand ausgebrochen. Die Aufständischen haben die Städte Santa Rosa und Pasaje zarum besetzt. Oberst Alba hat sich zum Diktator ausgerufen lassen.

## Aus aller Welt

**Zwischenfall beim Frankfurter Rundfunk.**

Bei der Uebertragung aus einem Frankfurter Kaffee ergab sich ein Zwischenfall. Mehrere Leute, die sich um das Mikrophon geschart hatten, riefen plötzlich im Chor in das Mikrophon: „Wir sind Kommunisten! Für die Armen! Gegen die Reichen! Rotfront!“ Der Sender wurde von dem Ueberwachungsbeamten sofort abgeschaltet. Einer der Zwischenrufer konnte festgenommen werden.

**Auto vom Personenzug überfahren.**

An einem Bahnübergang bei Enkheim (Elsass) ereignete sich ein schweres Unglück. Ein Architekt aus Mühlhausen fuhr mit seinem Wagen in dem Augenblick über den Bahn-

übergang als ein Personenzug von Kolmar herankam. Die Lokomotive durchstieß den Benzintank, das Auto stand sofort in Flammen. Der Fahrer konnte nur noch als verkohlte Leiche geborgen werden.

**Knabe von einer Handgranate in Stücke gerissen.**

Wie aus Metz gemeldet wird, hatte sich ein Unteroffizier als Andenken an seine Dienstzeit eine Handgranate mit nach Hause gebracht und das gefährliche Geschoss auf einen Schrank gelegt. Der 10jährige Bruder des Unteroffiziers fand die Granate und bearbeitete sie mit einem Hammer. Plötzlich flog das Geschoss in die Luft und riß den Knaben buchstäblich in Stücke. Der Kopf wurde vollkommen zerschmettert. Durch den starken Luftdruck wurde auch die Wohnungseinrichtung zertrümmert.

**Verbrechen im Walde bei Honnef.**

Ein Verbrechen wurde im Walde bei Honnef (Rheinland) aufgedeckt. Ein Mann fand die 23jährige Anna Fischer an einer Bank mit einem Strick erhängt vor. Die sofort angestellten polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß es sich nicht um Selbstmord, sondern um ein Verbrechen handelt.

**Alte Goldgrube wieder in Betrieb.**

Aus Korbach in Waldeck wird berichtet: Der Goldbergbau, der im 16. Jahrhundert am Eisenberg seine Blütezeit hatte, wird in Kürze wieder aufgenommen werden. Jahrelange Durchforschung des alten Baues und systematische Probeentnahmen hatten überraschend gute Ergebnisse gezeitigt. Das Gold soll in festem Gestein gebunden vorkommen, so daß sich die alten Betriebsberichte von 1580 vollumfänglich bestätigen lassen.

**In die Starkstromleitung gestürzt.**

In Bitterfeld waren zwei Monteur an einer Starkstromleitung der J. G. Farben beschäftigt. Plötzlich kam die Leiter, auf der sie standen, ins Rutschen und sie stürzten in die darunter hinwegführende Starkstromleitung der Ueberlandzentrale. Ein Monteur blieb in den Drähten hängen und verkohlte gänzlich, der andere stürzte ab und wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht.

**Der Mörder von Elmshorn gefest.**

Der Kaufmann Albert Schmitz, der unter dem Verdacht, den Handlungsgehilfen Nikolaus Petersen ermordet zu haben, verhaftet wurde, hat ein Geständnis abgelegt. Demnach hat Schmitz den Petersen angeblich mit seinem Motorrad nach Hause bringen wollen. Als Petersen im Weivagen Platz genommen hatte, hat Schmitz ihn, während der Motor mit offenem Auspuff lief, von hinten durch den Kopf geschossen. Schmitz gibt an, die Pistole sei versehentlich losgegangen.

**Töblicher Unfall in einem Gefängnis.**

Bei der Waffenablieferung der Strafanstaltsbeamten im Jugendgefängnis Fuhlshüttel wollte der Werkmeister der Anstalt einen Revolver entladen. Hierbei ging ein Schuß los, der den Anstaltswachmeister Schenk in den Unterleib traf und ihn tötete.

**Schreckensszenen bei einer Feuersbrunst in Brüssel.**

In einer im Mittelpunkt der Stadt Brüssel gelegenen dreistöckigen Konditorei brach nachts ein Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Die Bewohner des Hauses versuchten, sich über die Dächer und durch die Fenster zu retten. Von 3 Frauen, die den Sprung aus dem Fenster wagten, sind 2 im Krankenhaus gestorben, während die dritte schwer verletzt darniederliegt. Tags darauf wurde in dem ausgebrannten Gebäude noch die Leiche eines jungen Mannes gefunden.

**Vom Zuge erfaßt.**

In Spanien geriet ein mit 9 Personen besetzter Leiterwagen an einem ungeführten Bahnübergang bei Burgos unter die Räder einer Personenzugmaschine und wurde etwa 800 Meter weit mitgeschleift. Dabei wurden 4 Personen getötet und 5 so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die Insassen des Wagens befanden sich auf einem Ausflug und hatten infolge Singens das Zugsignal überhört.

## UM KAMPF OMEGA

Roman von Kurt Martin Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gmain.

„Haben Sie das Mädchen genauer angesehen?“  
„Wie meinen Sie das?“  
„Sah sie traurig aus?“  
„Das will ich nicht sagen.“  
„Haben Sie nicht gehört, was das Fräulein mit Herrn Salzenka oder seiner Schwester sprach?“  
„Nein. — Nur einen Namen hörte ich einmal, aber den habe ich vergessen.“  
„Denken Sie nach! Er muß Ihnen doch wieder einfallen.“  
„Ich weiß ihn wahrhaftig nicht mehr.“  
„War es Ohlemark?“  
„Nein.“  
„Klüber?“  
„Nein.“  
„Komitato?“  
„Nein.“  
„Wissander?“  
„Nein. Ich glaube, er endigte auf „u.“  
„Auf „u“?? — Warten Sie? — War es denn vielleicht Arnivescu?“  
Waszkiemicz schlug erstarrt auf den Tisch. „Richtig, richtig! Arnivescu war der Name!“  
„Und wer hat ihn ausgesprochen?“  
„Das Fräulein.“  
„Sonderbar!“

7.  
Als Professor Klüber morgens gegen acht Uhr das Frühstückszimmer betrat, war Ruth schon zugegen. Sie begrüßte den Vater niedergeschlagen. „Ich habe bis zwölf Uhr nachts auf dich gewartet, Vater.“  
„Warum? Ich habe dir doch telephonisch gesagt, ich käme erst später heim.“  
„Ich fand keine Ruhe. — Vater, wo ist Klaus?“

Klüber sah überrascht drein. „Ist er noch nicht da?“  
„Nein. Er ist die ganze Nacht nicht heimgekommen.“  
„Unmöglich!“  
„Sein Bett ist unbenutzt.“  
Kopfschüttelnd schritt der Professor auf und ab. „Das verstehe, wer will!“  
„Wenn man nun Klaus ein Leid angetan hat?“  
„Ich will sehen, ob ich einmal mit Kriminalinspektor Schubart sprechen kann.“ Er verließ sichtlich beunruhigt das Zimmer. Ruth aber trat ans Fenster und sah sorgenvoll in den sonnigen Frühlingsmorgen hinaus. Sie hatte Angst. Um wen und vor welcher Gefahr, das konnte sie selbst nicht in Worten ausdrücken. — Wenn doch Karlheinz noch da gewesen wäre! Aber der war nun auch fort, war schon weit, weit fort. — Klaus war nicht da. — Hilde war nicht da. —  
Klüber kam wieder herein. „Der Kriminalinspektor war am Apparat. Er wird dann später hierher kommen. — Von Klaus weiß er nichts. — Die Hilde Ohlemark ist auch noch nicht gefunden worden. Ihre Mutter soll heute früh auf der Polizeidirektion gewesen sein und die Beamten schluchzend angefleht haben, nach ihrer Tochter zu forschen; man hätte ihr gewiß ein Leid angetan. Das ist natürlich Unsinn!“  
Ruth sagte ernst: „Und wenn es doch so wäre? Ich sorge mich um Hilde.“  
„Sei versichert: Die hat die Angst fortgetrieben! Sie hat eben doch Verrat gelbt. Jetzt fürchtet sie die Polizei.“  
„Es tut mir weh, wenn du so von Hilde sprichst.“ erwiderte Ruth.  
„Die Kriminalpolizei sucht sie jetzt. Der Inspektor hat sie auch im Verdacht der Beihilfe. Vielleicht war sie nachts sogar mit hier?“  
„So verdächtigst du das Mädchen, das Klaus liebt?“  
Klüber murmelte: „Dah sei! Wir haben größere Sorgen. — Wenn ich nur wüßte, was mit Klaus los ist!“  
„Du fürchtest jetzt auch ein Unglück?“  
„Es ist zum Tollwerden!“  
Agnes brachte die Morgenpost herein. Ruth sah sie rasch durch. Plötzlich rief sie: „Das ist ja Klaus' Handschrift!“  
Klüber fuhr hoch. „Gib her!“  
Er riß den Umschlag auf und las laut. „Lieber Vater! Wenn ich einige Tage nicht heimkomme, so sorgt Euch nicht

um mich. Ich will Hilde Ohlemark finden. Sie begibt sich in Gefahren, deren Größe sie wohl gar nicht ahnt. Ich muß mir sogar den Vorwurf machen, daß ich nicht schuldlos bin, wenn Hilde jetzt in eine schlimme Lage kommt. Was sie unternommen hat, das geschieht unbedingt aus übermäßigem Pflichtgefühl Dir gegenüber. Wohin ich mich wende, möchte ich verschweigen. Ich muß unter allen Umständen Hilde finden und sie zu schützen suchen. Mit herzlichem Grusse an Dich und Ruth, Dein Klaus.“

Jornig lächelte Klüber auf. „Sehr hübsch ist das! Mein Herr Sohn gibt mir auch noch Rätsel auf! Es ist nicht genug des Tollen, was sich zugetragen hat! Jetzt begehrt Klaus noch diese Dummheit.“

Ruth sagte nach dem Umschlag. „Der Brief ist hier in der Stadt ausgegeben, gestern zwischen zwölf und zwei Uhr mittags. Wir hätten ihn also schon gestern nachmittag erhalten sollen.“

„Deine Feststellung ist nicht gerade interessant. Wendert das vielleicht etwas an der Tatsache? — Hilde Ohlemark wird von der Polizei gesucht. Und Klaus? — Ich traue es ihm zu, daß er das Mädchen mit seiner Person decken will; er wird dafür sorgen, daß die Polizei sie nun bestimmt nicht findet. Und warum handelt er so? — Weil er das Mädchen liebt und weil er selbst weiß, daß sie Schuld an dem Verschwinden der Papiere trägt! — Nett ist das! Klaus arbeitet also jetzt sichtlich der Polizei entgegen. Durch sein Eingreifen verschleierte er die Geschehnisse noch mehr. Hätte Hilde Ohlemark befragt werden können, dann würde sie doch schließlich alles zugestanden haben. Aber so!“

„Klaus schreibt ja, Hilde handle aus Pflichtgefühl...“  
„Wesh! Das faßelt er zusammen! — Glaubst wohl selbst nicht daran!“

„Warst du nicht selbst bisher mit Hilde zufrieden?“  
„Bisher wohl! Man kann sich eben in einem Menschen täuschen!“

„Ich glaube an Hilde.“  
„Natürlich, du glaubst an Hilde! Vielleicht bist du dann so freundlich und sagst mir, wer außer ihr den Aufbewahrungsort der Papiere genannt hat!“

„Hast du nicht doch einmal zu irgend jemand darüber gesprochen, Vater?“  
(Fortsetzung folgt.)



## Sprengstoffdiebstahl im Westerwald

U. Hagenburg (im Westerwald), 15. Nov. In der Donnerstagnacht wurde in das oberhalb des Ortes Büdingen im Steinbruch der Linzer W.G. gelegene Sprengstoffmagazin ein Einbruch verübt und insgesamt 1,5 Zentner Dynamit gestohlen. Da die schwere Eisentür, mit der das Magazin gesichert war, aus dem Mauerwerk gebrochen war, müssen mehrere Täter den Diebstahl ausgeführt haben. Im Verlauf der bisherigen umfangreichen polizeilichen Ermittlungen wurde eine Verhaftung vorgenommen.

## Politische Kurzmeldungen

Auf der Konferenz der Innenminister, die am kommenden Dienstag unter dem Vorsitz Brüningers in Berlin stattfinden soll, wird die gesamte innerpolitische Lage erörtert werden. Besonders eingehend dürfte das bedrohliche Anwachsen der Terrorakte in der letzten Zeit und die kommunistischen Zerschlagungsbestrebungen in der Reichswehr zur Behandlung kommen. — Der preussische Innenminister Seevering hat sich einem holländischen Pressevertreter gegenüber sehr zuversichtlich über den kommenden Winter ausgesprochen. Er glaubt, daß die nächsten Monate ohne größere Erschütterungen überstanden werden können. — Der Hauptauschuss des Preussischen Landtages lehnte den Antrag der Staatspartei gegen die Antragsteller und die Sozialdemokraten ab, der eine Abänderung der mit dem Hohenzollernkauf und den preussischen Standesherrn abgeschlossenen Verträge und eine Herabsetzung der Abfindungen verlangte. Ein Regierungsvertreter hatte erklärt, daß eine Aenderung der Verträge nur durch eine verfassungsändernde Reichsgesetz möglich sei. — Unter der Ueberschrift „Schluß mit den Skandalprozessen“ fordern die „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Beseitigung der gegenwärtigen Skandalprozesse. Wenn heute die Reichsregierung ein wirtschaftliches Standrecht verkünde, so würde ihr eine Welle des Vertrauens entgegenfluten. Es gäbe ein Notwehrrecht des Staates. Jeder neue Tag der gegenwärtigen Skandalprozesse untergrabe das Vertrauen zum Staat, weil es ihn hilflos zeigt gegenüber der schlimmsten Tat des Wirtschaftsverbrechens. — Rußland, die Türkei, die Tschechoslowakei und Argentinien haben gegen die deutschen Präferenzzölle mit Ungarn und Rumänien Einspruch erhoben.

## Württembergischer Landtag

Im Landtag wurde nach kurzer Aussprache beschlossen, den Initiativgesetzentwurf mehrerer Parteien zur Aenderung der württembergischen Gemeindeordnung an den Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Bei der dann fortgesetzten Beratung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch knüpfte sich an Artikel 301, der die Aufhebung zahlreicher früherer Gesetze vorseht, eine längere Debatte in Verbindung mit einem Antrag der Abgeordneten Fischer (Dem.), Heymann (Soz.) und Körner (W.B.), wonach Pressevergehen und Presseverbrechen im engeren Sinne wie bisher unter die Zuständigkeit der Schwurgerichte fallen sollen. Der Abgeordnete Fischer (Dem.) begründete den Antrag und verlangte im Namen der Arbeitsgemeinschaft der württembergischen Presse die Beibehaltung des jetzigen Zustandes, um dadurch der Presse eine Sicherung ihrer Betätigungsmöglichkeit zu verschaffen. Justizminister Dr. Beyerle warnte vor einer Ueberschätzung der Tragweite der bisherigen Regelung. Der Entwurf wolle eine alte württembergische Eigentümlichkeit beseitigen. Vor das Schwurgericht gehörten heute nur noch die allerschwersten Verbrechen und da sei es nicht zu verantworten, selbst kleine, ja fahrlässige Presseverbrechen vor das Schwurgericht zu bringen. Man sollte sich darin einig sein, die politischen Presseverbrechen vor das Schöffengericht zu bringen, wo das Laienelement ebenso wie beim Schwurgericht überwiege. Die hohe Bedeutung der Presse werde von der Juristenschaft durchaus anerkannt. Der Abgeordnete Heymann (Soz.) erklärte, daß die Presse den Schutz der Schwurgerichtszuständigkeit als außerordentlich wertvoll anerkenne. Der Abgeordnete Voß (Zr.) wandte sich gegen den Antrag Fischer. Vor die Schwurgerichte gehörten jetzt nur noch die großen Kapitalverbrechen und er wundere sich, daß die Presse in diese Gesellschaft wolle. Der Abgeordnete Körner (W.B.) teilte mit, daß ein Teil seiner Partei dem Antrag Fischer zustimmen werde. Man müsse die Wünsche der Presse in dieser Frage berücksichtigen. Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Dr. Burger (W.B.), Viebig (C.V.D.) und Mergenthaler (N.S.) von denen sich die beiden letzteren gegen den Antrag Fischer wandten, wurde dieser mit großer Mehrheit angenommen. Es bleibt also bei der Zuständigkeit der Schwurgerichte für Presseverbrechen. Hierauf wurde die zweite Beratung des Ausführungsgesetzes, das am 1. April 1932 in Kraft treten soll, beendet. Später findet noch eine dritte Lesung statt. In der nächsten Sitzung des Landtags am Mittwoch werden nochmals der Initiativgesetzentwurf betr. Aenderung der württembergischen Gemeindeordnung sowie Anträge und Eingaben beraten.

## Aus Württemberg

Südd. Handwerkskammerkonferenz zur Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik

Die Süddeutsche Handwerkskammerkonferenz, welche den Zusammenschluß sämtlicher süddeutschen Handwerkskammern darstellt, hat sich in ihrer vor kurzem in Würzburg stattgefundenen Sitzung mit der gesamten Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik befaßt und dabei übereinstimmend festgestellt, daß der gegenwärtige wirtschaftliche Tiefstand in Deutschland hauptsächlich auf die bisherigen, die Handwerks- und Mittelstandswirtschaft schädigenden Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches zurückzuführen ist. Wenn die deutsche Wirtschaft gesunden soll, so muß in Zukunft die gesamte Politik des Reiches, der Länder und Gemeinden gesinnungsmäßig in ganz anderer Weise wie bisher den Bedürfnissen und Verhältnissen des gewerblichen Mittelstandes Rechnung tragen.

In der Aussprache über Wirtschaftsprogramm und Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung war die Südd. Handwerkskammerkonferenz von der bedrückenden Sorge beherrscht, daß das von der Reichsregierung mit der Einsetzung des Wirtschaftsbeirates verfolgte Ziel nicht erreicht werden würde. In der Frage des Wohnungs- und Siedlungswesens bekannte sich die Konferenz zu einer einheitlichen Ablehnung der von der Reichsregierung in der 3. Notverordnung vorgesehenen Maßnahmen, vor allem derjenigen, die sich auf die vorstädtische Handfiedlung von Erwerbslosen beziehen. Das Handwerk sieht hierin nicht nur keine irgendwie fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern geradezu eine Verengerung der Stenemittel, die zudem eine unmittelbare Förderung der Schwarz- und Fuscharbeit zur Folge haben muß und welche die Grundlagen des steuerzahlenden Handwerks noch mehr untergraben.

Hinsichtlich des Gewerbebesteuerrahmengesetzes werden die Länderregierungen ersucht, beim Reichsfinanzministerium mit Bezug auf die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 eine Hinausschiebung des Termines bis auf weiteres, insbesondere für die Anwendung der Bestimmungen des Gewerbebesteuerrahmengesetzes, zu beantragen. Ferner wird dringend gewünscht, daß den Ländern die Möglichkeit gegeben werde, eine Fiktionalgewbesteuer einzuführen, sei es nun, daß die Rechtsgrundlage hierfür im Wege einer Notverordnung oder durch Aenderung der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 bezüglich der Gewbesteuer geschaffen werde.

## Die Arbeitsmarktlage in Südwestdeutschland

In der zweiten Hälfte des Oktober hat, wie das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland berichtet, der Gesamtandrang von Arbeitslosen erheblich nachgelassen. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitsuchenden betrug am 31. Oktober 248 939; davon waren 237 345 arbeitslos. Die Verteilung der Arbeitslosen auf die Unterstufungseinrichtungen hat sich weiter zu Lasten der Krisenfürsorge verschoben. Die Zunahme der Belastung der Arbeitslosenversicherung betrug, nach dem Abgang von 10 394 Unterstühten in der ersten Monatshälfte, in der zweiten Oktoberhälfte zwar wieder 4454 Personen; in der Krisenfürsorge aber sind vom 1. bis 15. Oktober 4682 und in der Berichtszeit 6444 Personen dazugekommen. Gegen Ende September ds. Jrs. hat sich also die Belastung der Arbeitslosenversicherung um 5940 Hauptunterstützungsempfänger vermindert und die Inanspruchnahme der Krisenfürsorge um 11 126 vermehrt. Im Vergleich zum 31. Oktober des Vorjahres fallen der Arbeitslosenversicherung 16 034 Unterstühten weniger zur Last, der Krisenfürsorge aber 40 976 mehr. Der Stand an unterstühten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 31. Oktober 1931 folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung 71 853 Personen (56 679 Männer, 15 174 Frauen); in der Krisenunterstützung 62 546 Personen (53 556 Männer, 8990 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstühten stieg um 10 898 Personen oder um 8,8 Prozent von 123 501 Personen (102 035 Männer, 21 466 Frauen) auf 134 399 Personen (110 235 Männer, 24 164 Frauen); davon kamen auf Württemberg 56 039 gegen 51 767 und auf Baden 78 360 gegen 71 734 am 15. Oktober 1931. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 31. Oktober 1931 auf 1000 Einwohner 26,7 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge gegen 21,8 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

## Aus den Parteien

Deffentl. Versammlung der SPD. Calw

Der Landesvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Württemberg, Reichstagsabg. R o s m a n n, sprach letzten Samstag im Weichsener Saal vor einer großen Hörerschaft über die gegenwärtige Krisenlage. „Gegen die Sozialreaktionäre und Inflationstreiber von Harzburg“ lautete das Thema seines Vortrages, in dem er sich mit den Ursachen der Weltwirtschaftskrise, der „nationalistisch-faschistischen“ Bewegung und ihren Zielen, der Haltung der SPD. gegenüber dem Kabinett Brüning seit den letzten Reichstagswahlen und dem soz. Kampf um eine neue Wirtschaftsform befaßte. In der Weltwirtschaftskrise sah der Vortragende die ungeheure Fernwirkung des Krieges, für Deutschland, verschärft durch Reparationen und andere Folgen der Niederlage. Die deutsche Krise hat sich nach Meinung des Redners durch eine unsinnige Nationalisierung, also durch Schuld der Kapitalisten, zu ihren heutigen furchtbaren Ausmaßen gesteigert, wie er überhaupt die Krisenschuldigen in den Reihen der nationalität-kapitalistischen Front sucht, deren Führer die auf dem vorbereiteten Boden verschärfter Not irregleiteten Massen zu benutzen beabsichtigten, um ihre reaktionäre Herrschaft aufzurichten. An dem heutigen Abend, so führte Herr Rosmann aus, sei nicht das politische, sondern das kapitalistische System schuld. Die Form der desorganisierten Wirtschaft müsse von einem neuen Wirtschaftssystem abgelöst werden, welches die Entwicklung zu einer wirtschaftlich und kulturell höheren Einheit gewährleiste. Infolge der nationalität-faschistischen Bewegung, dem Bündnis des Kapitalismus mit dem Nationalsozialismus, befinde sich gegenwärtig Deutschland in dem Zustand eines latenten Bürgerkrieges. Diese Front bestehe aus zwei Gruppen, die der Fürsten, Großpensionäre und Kapitalisten und jener des entwurzeltten, proletarisierten Bürgertums. Erstere wollten ihre Vermögen und Pensionen vor Zugriffen des Volkes retten, letzteres lebe in dem Irrglauben, durch einen Systemwechsel den Glanz des alten Reiches mit seinen Klassenvorrechten wieder herbeizuführen zu können. Hinter der Front aber stehe der geldmächtige, aus Selbsterhaltungstrieb demokratiefeindliche Großkapitalismus. Sein Endziel sei die Vernichtung des republikanischen Systems der Gleichberechtigung und die Beseitigung der sozialen Rechte und Errungenschaften. Der Redner übte dann scharfe Kritik an den Kampfmethoden der nationalsozialistischen Bewegung, die den Geist der politischen Verbrechen und Torheiten des alten Systems übernommen habe. Anstatt eine Panikstimmung im Volke zu vermeiden und das Vertrauen des Auslandes in die Wirtschaftskraft Deutschlands zu fester, habe die politische und wirtschaftliche Führung völlig versagt. Das reiche Erbe des aus der Politik Stres-

manns gewonnenen Vertrauens sei durch den Unverstand weitest bürgerlicher Kreise, denen die Verdrängung der Sozialdemokratie aus der verantwortlichen Arbeit und die Unterstufung des Nationalsozialismus wichtiger gewesen, restlos verloren gegangen. Ein Deutschland, das in Gefahr sei, Bente des Faschismus zu werden, könne niemals das Vertrauen des Auslandes erhalten. Die Politik der SPD. nach den Reichstagswahlen sei schwierig und entsagungsvoll gewesen. Es galt die politische Demokratie aufrechtzuerhalten und als letzte Karte des Parlamentarismus das Kabinett Brüning zu stützen. Die Taktik habe sich auf die Fernhaltung der reaktionären Hier von der Regierung und die Verhütung einer sozialreaktionären Machtdiktatur konzentriert. Die Notverordnungs politik sei durch die Zusammensetzung des arbeitsunfähigen Reichstags und die Krisenmacherei der extremen Parteien bedingt. Die in ihr zutage getretene reaktionäre Richtung werde ebenso wie die ganze Wirtschaftspolitik Brüning's, die eine Politik des veralteten Frühkapitalismus sei, von der SPD. mißbilligt. Mehr denn je beruhe heute die Ertragsfähigkeit der Wirtschaft auf der Erhaltung der Kaufkraft der Massen. Die SPD. könne als Minderheit nur die Fehlerhaftigkeit des Systems aufzeigen, sie zu beseitigen sehe nicht in ihrer Macht. Der Redner wandte sich dann der Reparationspolitik zu und verurteilte hier die „sinnlose Bankrottspolitik“ der Rechten. Nicht durch Drohungen und Aufmärsche, sondern durch Schaffung der notwendigen Voraussetzungen werde man zu einer Streichung der Tribute und zu neuer Kreditwürdigkeit kommen. Der Etat der Nationalen Opposition trage Schuld an der Verlängerung des deutschen Elends und erschwere den Weg aus der nur international zu lösenden Krise. Die Harzburger Tagung habe den Willen der nationalität-kapitalistischen Front zur rücksichtslosen Wiederherstellung der kapitalistischen Macht klar enthüllt. Hitler habe hier Arm in Arm mit Hugenberg, dem Vertreter des Großkapitalismus, Fürsten, Börsenjuden und Großpensionären eine heuchlerische Heißbockhaft an das deutsche Volk erlassen, und trotz allen Anlehnens seien inflatorische Pläne zur Entschuldung der Kapitalisten erwogen worden. Bislang sei es der SPD. gelungen, trotz der Steigbügelhalterdienste der KPD., die besser daran läge, sich in die Republik einzufügen, die reaktionäre Kombination von der Macht fernzuhalten. Der Kampf werde fortgeführt. Der Vortragende kündigte soziale Forderungen der SPD. im Reichstag zur Erleichterung der Lage der Erwerbstätigen an und forderte Geld- und Kreditkontrolle durch die Allgemeinheit. Von entscheidender Bedeutung werde das Schicksal der deutschen Wirtschaft, nicht des Kapitalismus sein. In diesem Zusammenhang entwickelte der Redner das sozialistische Streben nach einer neuen, höheren, weltumspannenden Wirtschaftsform, verbunden mit der Befreiung der Völker von allen unproduktiven Ausgaben, wie Reparationen, Kriegsschulden und Rüstungen, der „wirklichen Schuldknechtschaft“ der Welt. Er forderte hiezu die Beseitigung der internationalen Grenzschranken, eine deutsch-französische Verständigung und die Eingliederung der Sowjet-Union in das demokratische Staatensystem Europas und schloß mit der Beseitigung des Glaubens an die weltzerlösende, eine neue brüderliche Einheit der Menschheit anstrebende Mission des demokratisch-sozialistischen Gedankens. Starker Beifall dankte dem Vortragenden. Eine sich anschließende Aussprache, in welcher Vertreter der NSDAP. und der KPD. zu Wort kamen, bot dann noch Gelegenheit, strittige Meinungen zum Austrag zu bringen.

## Aus Stadt und Land

Calw, 16. November 1931.

### Einbrecher gefaßt.

In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde bei Sägewerksbesitzer Wagner in Ernstmühl ein Einbruchdiebstahl verübt. Dem Täter, welcher durch das Aborfenfenster einbrach, fielen etwa 30 Rm. in bar sowie für 25 Rm. Briefmarken in die Hände. Er durchwühlte in 2 Zimmern sämtliche Schubläden. Beim Weggehen machte er die beiden Autos der Gebrüder Wagner unfahrbar, indem er an einem die Batterie einschaltete und am andern den Schlüssel abzog und mitnahm, um bei einem etwaigen Entbedwerden eine Verfolgung zu verhindern. Die Polizei sowie Landjägersmannschaft nahmen sich alsbald um die Sache an, so daß der Täter noch am gleichen Tag in Pforzheim dingfest gemacht werden konnte. Es handelt sich um den gleichen Täter, welcher eine Woche zuvor in Bad Liebenzell zwei Einbrüche ausführte und dabei einen Revolver samt Munition erbeutete.

### Die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk.

Das Arbeitsamt Nagold berichtet: Vom 1. bis 31. Oktober ist die Zahl der Arbeitslosen um 358 auf 1466 angestiegen. Davon waren 888 männliche und 578 weibliche Personen Arbeitslosenunterstützungsempfänger, 320 männliche und 258 weibliche Krisenunterstützungsempfänger. Die Steigerung hat sich in normalem Rahmen gehalten. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl noch immer in scharfem Gegensatz zu anderen Arbeitsämtern um 21,5 Prozent geringer.

Die Arbeitslosen verteilen sich auf die einzelnen Nebenstellen wie folgt: Nagold 279 männliche, 44 weibliche, zusammen 323, Calw 291 männliche, 67 weibliche, zusammen 358, Freudenstadt 327 männliche, 13 weibliche, zusammen 340, Herrenberg 201 männliche, 117 weibliche, zusammen 318, Gorb 110 männliche, 17 weibliche, zusammen 127.

Im einzelnen ist zu bemerken, daß in der Landwirtschaft die Beschäftigung weiter zurückgegangen ist, ebenso, und zwar in weiterem Umfang, in der Forstwirtschaft. Die Beschäftigungslage in der Industrie der Steine und Erden hat sich weiter verschlechtert. In der metallverarbeitenden und Maschinen-Industrie steht einer Reihe von Entlassungen eine bessere Beschäftigung der arbeitslosen Gold- und Silberarbeiter gegenüber. Während die Sägewerke weitere Arbeitskräfte entlassen haben, konnten in der Möbelindustrie wieder jüngere Schreiner und Polierer eingestellt werden. Im Baugewerbe hat sich die Zahl der Arbeitslosen erheblich gesteigert. Arbeitsuchende waren 3416 vorhanden. Bei Maßnahmen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge wurden 153 Notstandsarbeiter beschäftigt.



Lichtspiele Bad. Hof

Auf vielseitigen Wunsch wird in den Bad. Hof-Lichtspielen heute abend nochmals der große Bergsteigerfilm „Die weiße Hölle von Piz Palü“ vorgeführt.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Schwachem Hochdruck im Osten steht eine Depression im Nordwesten gegenüber. Für Dienstag und Mittwoch ist vielfach bedecktes, auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

\*

Neuenbürg, 15. Nov. Die Verhandlungen zur Aufstellung eines gemeinsamen Wahlzettels innerhalb der bürgerlichen Parteien und Wirtschaftskruppen zur Gemeinderatswahl am 6. Dezember haben in den letzten Tagen zu einer Einigung geführt.

Herrenberg, 15. Nov. Gestern verließen 81 Ferienkinder unsere Gängemeinden, um in ihre Heimat Herringen bei Hamm in Westfalen zurückzufahren.

Stuttg. 15. Nov. Neben dem Gefallenendenkmal im Vorhof der Reichsbahndirektion Stuttgart wurde den über 3000 im Weltkrieg Gefallenen der württembergischen Feld Eisenbahntruppen auch im Ehrenhain für die Toten der württembergischen Armee auf dem Waldfriedhof ein Gedenkstein — der vorlechte an dieser geweihten Stätte — errichtet.

Stuttg. 15. Nov. Generalmajor Muff, Infanterieführer V, wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1931 zum Landeskommandanten in Württemberg ernannt.

Schw. 15. Nov. Wie vom Polizeiamt mitgeteilt wird, marschierten abends etwa 60-70 Nationalsozialisten die Römerstraße hinaus in Richtung Deißlingen. Sie machten auf einer Wiese im Gewand „Unter Rindeln“ Halt und führten dort einzelne Marschbewegungen aus.

Die Polizei hat von dieser Übung Kenntnis erhalten und schickte einige ihrer Leute auf den Platz. Da in Württemberg sämtliche Ansammlungen unter freiem Himmel nach wie vor verboten sind, war die Polizei gezwungen, einzuschreiten.

Ein drei Jahre alter Knabe stürzte bei der Bootlandbestelle an der Leinbachspitze in den dort 220 Meter tiefen Neckar. Sein sechs Jahre altes Schwesterchen versuchte das Brüderchen zu retten und stürzte dabei selbst ins Wasser.

Turnen und Sport

Unterer-Schwarzwaldd-Neckar-Turngen.

Vollzählig waren die vorgeschrittenen Geräteturner des Oberen Bezirks am Sonntag in Ragold versammelt, um sich gegenseitig zur weiteren Vorwärtsentwicklung Anregung zu geben.

Handball vom Sonntag.

Calw 1.—Calw Ragold 1. 1:2. Calw Jug.—Calw Ragold Jug. 2:4.

Fußball-Verbandsspiele am Sonntag.

F.-C. Altburg—F.-C. Althengstett 4:1. F.-C. Unterreichenbach—F.-B. Stammheim 5:2. F.-B. Calw 2.—Sp.-B. Leinach-Zavelstein 4:1.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Die Viehschuldenumlage

Nach Anhörung des Verwaltungsausschusses der Zentralkasse der Viehbesitzer hat das Innenministerium die Beiträge zur Viehschuldenumlage für das Jahr 1932 wie folgt festgesetzt: a) für jedes 1 Jahr alte und ältere Pferd (ausgenommen Pferde kleiner Rassen) und für jedes Maultier 3 M., b) für jedes unter 1 Jahr alte Pferd (Fohlen) 1 M., c) für jedes einer kleinen Rasse angehörige Pferd (unter 140 cm. Stockmaß), für jeden Esel und Maultier 1 M., d) für jedes 3 Monate alte und ältere Stück Rindvieh 40 Pfg., e) für jedes unter 3 Monate alte Kalb 10 Pfg.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 14. November.

Zapfeln 5-15, Zapfelbirnen 5-20, Quitten 9-12, Walnüsse 25-30, Kartoffeln 4-5, Kopfsalat 5-10, Endivienalat 5-10, Wirsing 5-6, Silberkraut 3-4, Weißkraut 3-4, Rotkraut 5-6, Blumenkohl 20-50, Rosenkohl 10-20, 1 Pfund 20 bis 25, rote Rüben 7-8, gelbe Rüben 5-6, Karotten 6-10, Zwiebeln 6-8, Gurken 20-60, Rettiche 3-6, Monatsrettiche 7-8, Sellerie 6-20, Tomaten 25-40, Schwarzwurzeln 30 bis 35, Spinat 10-15, Kohlraben 4-6.

Stuttgarter Großmärkte

Kartoffelmarkt auf dem Leonhardsplatz. Zufuhr: 50 Ztr., Preis 4-4,50 M. — Mohlkohlmarkt auf dem Wilhelmplatz. Zufuhr: 800 Ztr., Preis 2,80-3 M. — Silberkrautmarkt auf dem Leonhardsplatz. Zufuhr: 20 Ztr., Preis 3,50-4 M für 1 Ztr.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die loc. wirtschaftlichen Verhältnisse in Rechnung kommen. Die Schriftl.

Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Calw

Wir laden unsere Mitglieder auf Montag, den 16. Nov., abends 8 Uhr ins Röhle zu einer Mitgliederversammlung ein.

Tagesordnung: Gemeinderatswahlen. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. Deutschnationale Volkspartei, Ortsgr. Calw, A. A. Halle.

Gaben

für den Weihnachtsbaum des Stuttgarter Evangelischen Sonntagsblattes nimmt gerne entgegen Emma Bauer, Badstraße 4.

Todes-Anzeige



Unsere liebe Mutter und Großmutter Frau Mina Jung geb. Schuster

ist im 74. Lebensjahre nach langem Leiden heimgegangen. Die liebe Entschlafene wird ihrem Wunsche entsprechend in Winterbach zur letzten Ruhe beigesetzt.

Otto Jung und Familie Calw, den 16. November 1931.

Altburg, den 12. November 1931.

Dankagung



Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme, die wir während der langen Krankheit und dem Hinscheiden meiner lieben, treuberechtigten Gattin, unserer lieben Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Barbara Reule geb. Kentschler

erfahren durften, sagen wir herzlichsten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Pfarrer Vierlamm für seine tröstlichen Worte am Grabe, der Schwester Johanna für die liebevolle Pflege, dem Musik-Verein Altburg, dem Jugendbund, den Herren Ehrenträgern, für die vielen Kranz- und Blumenspenden, sowie für die zahlreiche Begleitung von nah und fern zur letzten Ruhestätte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Martin Reule, Schneidermeister.

Stammheim

Die Wahl von 6 Mitgliedern des Gesamt-Gemeinderats

ist auf Sonntag, den 6. Dezember 1931, von vormittags 1/10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr festgesetzt. Zur Einreichung von Wahlvorschlägen bis spätestens Montag, den 23. November 1931, abends 7 Uhr wird aufgefordert.

Alles Nähere ist aus den Anschlägen am Rathaus und den Anschlagkäulen in Stammheim, sowie aus den Anschlägen in Hbf. Bad Leinach (Gasthof Moersch), Baumwollspinnerei Calw in Remheim, Deländerle u. Hof Dicks ersichtlich. Den 14. November 1931.

Der Vorsitzende des Wahlvorstands: Bürgermeister Dirr.

Verkaufe 3teil. Wollmatrize 28 Mk. neu 1 bereits noch neuer

Diwan 65 Mk.

1 gebrauchtes Bett mit Bettlade.

Chaiselongue um 28 Mk.

kauft man hier am Platz. Bestellung nimmt an Fr. Hennesarth Polstermöbelleger

Neuweiler.

Im Wege der

Zwangs-vollstreckung

versteigere ich am Dienstag, den 17. ds. Mts., nachm. 2 Uhr gegen bare Bezahlung:

1 Herrenfahrrad gut erhalten.

Zusammenkunft b. Rathaus Weidenbach Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

Zavelstein.

Im Wege der

Zwangs-vollstreckung

versteigere ich am Dienstag, den 17. ds. Mts., vorm. 9 Uhr gegen bare Bezahlung:

1 Nähmaschine Phönix, 1 Sofa plüsch.

Zusammenkunft b. Rathaus Der Verkauf findet voraussichtlich best. statt.

Weidenbach Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

2-3-Zimmer-Wohnung zu vermieten.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Brennessel- und Birkenhaarwasser für Haare und Haarboden Flasche Mk. 1.50 bei K. Otto Vinçon, Calw

Die schönsten Mäntel zu billigsten Preisen bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Statt Karten

Ruth Prem Kurt Sannwald Verlobte

Kirchheim-Teck Calw

Hans Michel Hanna Schürle Verlobte

Matto Preto Sao Bento / St. Catharina Südbrasilien Matto Preto/Calw Oktober 1931

LICHTSPIELE BAD.-HOF, CALW

Auf vielseitigen Wunsch kommt heute abend 8 Uhr der größte Bergsteigerfilm

Die weiße Hölle vom Piz-Palü

nochmals zur Aufführung

Ermäßigte Preise: 60 s, 80 s und M 1.— Jugendliche haben Zutritt

Vorzügliches

Riefers Bleibe-Mixtur 1000 fach bewährt

für Küche

die zu oft rindern und nicht trüchlig werden ist erhältlich in den Apotheken.

Piano

von Stuttgarter Piano-fabrik, wie neu, besonderer Umstände halber

sehr günstig

zu verkaufen. Anfr. unter S. Nr. 267 an die Gesch.-St. ds. Bl.

Wer schön will auf Erden wandeln, der läßt sich im Frisiersalon behandeln



Denken Sie an die Kinder!

Weihnachten ist das Fest der Kinder. Schon jetzt werden die Wunsch-Zettel zusammengestellt. Bringen Sie sich den Müttern rechtzeitig in Erinnerung. Werben Sie durch die Anzeige im „Calwer Tagblatt“.

Schaufenster-Reklame allein tut es nicht!

Erst... Täglich... der S... a) im... die Sei... b) im... die Sei... Auf... komm... für... kann... über... für... Heute... U. B... Reichs... tag tritt... dessen... den. Ge... fehrsaus... Woche w... der sozia... Der... ist gester... Meldung... Reichsreg... deren Du... minister... berichten... Partei... Wie die... ist bisher... ein ber... doch der... stens die... nicht ver... Konferen... Voran... eine Bes... rer mi... Sozialden... Terror d... sprache m... U. B... stehenden... in Hessen... tei zur a... der Anfid... heftigen... den, wobe... in dem a... Neue... U. B... tag nachm... treten, um... fassen. 14... Der amer... der Eröffn... fighender... eminister... sonders be... am Ratsst... über die... letzten Ge... ster Sim... tonten die... der Lümm... sentlichkeit... außerorden... geteilt, do... Woche ger... In der... stellte der... Sitzung in... gung zwif... der Hoffn... 24. Oktob... als Grun... chineische... nesiße Bo... Er hoffe... einer Böjn... Japan geg... Der Ko... in London... in Paris,